

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dennis Buchner (SPD)

vom 11. Juni 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Juni 2026)

zum Thema:

**Grundschule am Weißen See -
Steht ein Ende der Pannenserie bevor?**

und **Antwort** vom 6. Juli 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 7. Juli 2026)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Dennis Buchner (SPD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/26388
vom 11. Juni 2026
über Grundschule am Weißen See – Steht ein Ende der Pannenserie bevor?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Gemäß § 109 Schulgesetz für das Land Berlin (SchulG Berlin) obliegt es den bezirklichen Schulträgern, die äußeren Rahmenbedingungen für das Lehren und Lernen in der Schule zu schaffen. Dies beinhaltet den Bau, die Ausstattung und die Unterhaltung der Schulstandorte sowie die Einrichtung von Klassen.

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat den Bezirk Pankow um Zulieferung gebeten, die bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt ist.

1. Wann wurde die erste Bauplanungsunterlage für die Sanierung der Grundschule am Weißen See beim Senat geprüft und von welchen Gesamtkosten ist man zu diesem Zeitpunkt ausgegangen?

Zu 1.: Die Bauplanungsunterlagen (BPU) wurden am 25.09.2017 mit Gesamtkosten in Höhe von 18,5 Mio. EUR geprüft.

2. Wann und wie oft wurden Ergänzungsunterlagen eingereicht und von welchen Gesamtkosten kann man inzwischen ausgehen?

3. Wann erfolgte die Genehmigung der Ergänzungsunterlagen? Was hat die zuständige Senatsbauverwaltung unternommen, um die Baumaßnahmen zu beschleunigen?

Zu 2. und 3.: Die erste Ergänzungsunterlage (1. EU) hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (SenStadt) am 30.12.2020 erreicht, prüffähig wurde diese am 09.08.2021. Die Genehmigung der Unterlagen erfolgte am 31.08.2021.

Die 2. EU ist am 02.04.2024 eingegangen, wurde jedoch der Baudienststelle zur Überarbeitung zurückgesandt. Die überarbeitete Version erreichte die SenStadt am 16.01.2025 und war am 12.05.2026 prüffähig. Die Genehmigung erfolgte am 26.05.2026.

Aktuell werden die Gesamtkosten mit ca. 36,98 Mio. EUR (Stand: 26.05.2026) beziffert.

4. Trifft es zu, dass aus dem Bezirk Pankow noch Nachweise fehlen und dadurch Mittel gesperrt sind und wenn ja, in welchem Umfang?

5. Wie erklärt der für die Baumaßnahme zuständige Bezirk Pankow gegenüber dem Senat die verzögerte Einreichung von Nachweisen? Ist dadurch ein Zeitverzug bei Baumaßnahmen entstanden?

Zu 4. bis 5.: Der Bezirk Pankow teilt mit, dass derzeit keine Nachweise und Unterlagen fehlen.

6. Trifft es zu, dass es Beanstandungen der Senatsverwaltung für Finanzen am Verwaltungshandeln des Bezirks und des hier verantwortlichen Schulstadtrats gab?

7. Trifft es zu, dass die Senatsverwaltung für Finanzen auch haushaltsrechtliche Verstöße von Seiten des Bezirks festgestellt und sanktioniert hat, der Bezirk den Rechnungshof zu unterrichten hatte und verpflichtet wurde, anteilige Mehrkosten nunmehr selbst zu tragen?

8. Sollte dies der Fall sein: wie hoch sind diese Mehrkosten und ist dadurch die Fertigstellung der Sanierung und der Wiedereinzug in die Schule erneut gefährdet.

Zu 6. bis 8.: Die Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin) hat den Bezirk Pankow u. a. im Zusammenhang mit dieser Schulbaumaßnahme darauf hingewiesen, dass die geprüften Gesamtkosten einer Baumaßnahme die maßgebliche Handlungsgrundlage darstellen. Die Überschreitung der geprüften Gesamtkosten und die damit einhergehende Beauftragung von Leistungen durch den Bezirk erfolgten ohne haushaltsrechtliche Grundlage und stellten somit einen Haushaltsrechtsverstoß dar (vgl. u. a. Nr. 8 und 9 AV § 34 Landeshaushaltsordnung (LHO)). In diesem Zusammenhang wurde der Bezirk auf die Verpflichtung zur Unterrichtung des Rechnungshofes von Berlin gem. Nr. 5 AV § 9 LHO hingewiesen. Auf Basis der Informationen, die dem Senat vorliegen, hat der Bezirk Pankow am 26.03.2026 den Rechnungshof von Berlin unterrichtet.

Der Bezirk teilt hierzu mit, dass aus bezirklicher Sicht die Fortführung der Baumaßnahme haushaltswirtschaftlich durch die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gemäß § 7 LHO sowie durch die Regelungen zu § 54 LHO, insbesondere Nr. 1.1 und Nr. 1.7.2 AV § 54 LHO, geprägt war. Der Bezirk vertritt die Auffassung, dass eine Unterbrechung der Baumaßnahme im Prüfzeitraum zu erheblichen zusätzlichen Kosten, weiteren zeitlichen Verzögerungen am Schulstandort Amalienstraße sowie zu Folgewirkungen für die Anschlussmaßnahme am Schulstandort Falkenberger Straße geführt hätte.

Weiterhin wurde der erhebliche Zeitverzug bei der Erstellung der 2. EU beanstandet. Die Beauftragung von Leistungen im Vorgriff auf die 2. EU führte dazu, dass es sich bei den im Rahmen der Prüfung der 2. EU zu bewertenden Sachverhalten zum Großteil um bereits beauftragte oder abgeschlossene bzw. abgerechnete Bau- und Planungsleistungen handelte. Die Kostenbeteiligung ist derzeit angedacht, im Rahmen der pauschalen Investitionszuweisung in den Jahren 2029-2031 zu berücksichtigen.

9. In einem sozialen Netzwerk behauptete ein CDU-Abgeordneter am 22. Mai 2025, die Grundschule am Weißensee könne „bald“ wieder bezogen werden, weil „unser Bezirksstadtrat Pasternack das Bautempo zuletzt deutlich erhöhen konnte.“ Trifft die Einschätzung, durch bezirkliches Handeln sei das Bautempo gestiegen, aus Sicht der Senatsverwaltung zu?

Zu 9.: Bauabläufe sind Prozesse, die aufgrund einer Vielzahl an Einflussfaktoren und Abhängigkeiten im Detail einer Dynamik unterliegen und im Rahmen des Baustellen-Controllings regelmäßiger Nachsteuerung bedürfen, um Zielvorgaben einzuhalten.

Dem Senat liegen keine Erkenntnisse zu geplanten und etwaig beschleunigten Abläufen der bezirklichen Maßnahme vor.

Berlin, den 6. Juli 2026

In Vertretung

Dr. Torsten Kühne

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie